

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Oktober 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Julian Harpf / Barbara Mieth

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 11. – 17. Oktober 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

Bundestag und Bundesrat erheben Subsidiaritätsrüge

Beide Kammern des deutschen Parlaments wandten sich gegen den Vorschlag der Kommission zur Einführung eines verbindlichen Einlagensicherungssystems für Banken für Einlagen bis 100.000 EUR. Dies verstoße gegen das Subsidiaritätsprinzip. In Deutschland ist die Einlagensicherung von Sparkassen und Genossenschaftsbanken auf eine Institutssicherung ausgerichtet. Bislang können solche Institutssicherungen von der Pflicht befreit werden, Mitglied eines gesetzlichen Einlagensicherungssystems zu sein. Eine Pflichtmitgliedschaft, wie von Brüssel beabsichtigt, hält der Bundestag daher nicht für erforderlich. SPD und Grüne stimmten im Bundestag gegen diesen Beschluss.

http://www.bundesrat.de/cln_179/nn_6906/DE/presse/pm/2010/131-2010.html?_nnn=true

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/31745190_kw40_de_angenommen_abgelehnt/index.html

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Beitrag der Regionalpolitik zur Wachstumsstrategie Europa 2020

Die Wirtschaftsminister der EU-Staaten nahmen am 11./12.10. die Mitteilung der Kommission „Regionalpolitik als Beitrag zum intelligenten Wachstum im Rahmen der Strategie Europa 2020“ zur Kenntnis. In dieser Mitteilung wird die Rolle der Regionalpolitik bei der Durchführung der Strategie Europa 2020 im Bereich intelligentes Wachstum und insbesondere der Leitinitiative „Innovationsunion“, festgelegt. Regionalpolitik könne das Wachstumspotenzial der EU freisetzen, wenn in allen Regionen die Innovation gefördert und gleichzeitig eine Komplementarität zwischen Unterstützung auf EU-, nationaler und regionaler Ebene für Innovation, FuE, Unternehmergeist und IKT gewährleistet wird. Regionalpolitik trage entscheidend dazu bei, die Schwerpunkte der Innovationsunion in praktische Maßnahmen vor Ort umzuwandeln.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14679.de10.pdf> (Mitteilung)

2. Kein Durchbruch bei Sprachregelung für europäisches Patent

Im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 11./12.10. kam wegen des Vetos von Italien und Spanien die notwendige Einstimmigkeit für die Sprachenregelung zum europäischen Patent nicht zustande. Die meisten Delegationen billigten das Kompromisspapier des Vorsitzes, welches das Sprachenregime des Europäischen Patentamts (Deutsch, Englisch, Französisch) übernimmt. Anmeldungen wären in jeder der drei Sprachen für die gesamte EU gültig; lediglich die Patentansprüche müssten auch in die beiden anderen Amtssprachen übersetzt werden. Sofern auf der Ratstagung am 25./26.11. weiterhin keine Einigung zustande kommt, prüfen nach

Presseberichten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Irland eine Verstärkte Zusammenarbeit ohne die ablehnenden Staaten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/117003.pdf (Council Competitiveness)

<http://www.euractiv.com/de/enterprise-jobs/eu-patentabkommen-ministergespraeche-bleiben-festgefahren-news-498720>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14377.de10.pdf> (Vorschlag des Vorsitzes)

3. EU strebt neuen institutionellen Rahmen mit Schweiz an

Nach Gesprächen mit der Schweizer Regierung erklärte Kommissionspräsident Barroso am 14.10. in Genf, dass die verstärkte Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt die Übernahme des einschlägigen Gemeinschaftsrechts erfordere. Dies beinhalte (i) Regeln für die Übernahme neuer Gemeinschaftsrechtsakte und eine dynamische Anpassung an die Änderungen, (ii) eine gleichförmige Anwendung und Kontrolle in einem institutionellen Rahmen, (iii) die Übernahme der europäischen Rechtsprechung und (iv) ein Streitschlichtungsverfahren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/558&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

4. Engagement der EU zur Lösung des Zypernkonflikts

Nach Gesprächen mit der Führung im Süden und Norden der Insel erklärte Kommissar Štefan Füle am 14.10. in Nikosia, dass die Friedensgespräche unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen die beste Chance seit Jahren für eine Einigung böten. Er sei sich mit dem Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs für Zypern, Alexander Downer, einig, dass bei genügend politischem Willen eine Lösung möglich sei. Notwendig sei aber auch eine konstruktive Haltung der Türkei. Die EU wirke durch finanziellen Beistand an vertrauensbildenden Maßnahmen mit. Die Umsetzung des Hilfsprogramms für Nordzypern in Höhe von 259 Mio. EUR komme voran. Im Haushalt für 2011 seien weitere 25 Mio. EUR vorgesehen. Zusätzliche Mittel gebe es für die Suche nach vermissten Personen und das kulturelle Erbe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1330&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enlargement/turkish_cypriot_community/index_en.htm

5. Verzögerungen bei Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine

Bei einer Konferenz zur Ukraine am 13.10. in Brüssel dämpfte Kommissar Štefan Füle Erwartungen, das Abkommen könne beim EU-Ukraine-Gipfel am 22.11. unterzeichnet werden. Die Freihandelsaspekte des Abkommens seien sehr komplex und es bestehe daher keine Aussicht, die Verhandlungen bis zu diesem Treffen abzuschließen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/543&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

6. Ministertagung zu Pakistan

Die Außenbeauftragte der EU, Catherine Ashton, war gemeinsam mit dem pakistanischen Außenminister Shah Mahmood Qureshi am 15.10. in Brüssel Gastgeberin des dritten Ministertreffens der "Friends of Democratic Pakistan". Diese Gruppe ist 2008 am Rande der VN-Generalversammlung eingerichtet worden und umfasst 26 Länder und Institutionen, darunter die EU als Gründungsmitglied.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1331&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/human_rights/adp/index.htm

b) Außenhandel

Handelsbilanzdefizit des Euroraums im August bei 4.3 Mrd. Euro

Nach ersten Schätzungen ergab sich für den Euroraum (ER16) im August 2010 ein Defizit von 4,3 Mrd. Euro im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber -2,8 Mrd. im August 2009. Im Juli 2010 betrug der Saldo +6,2 Mrd. und im Juli 2009 +11,9 Mrd.. Im August 2010 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Juli 2010 um 1,0% und die Einfuhren um 1,8% zu. Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im August 2010 ein Handelsbilanzdefizit von 17,3 Mrd. Euro auf, gegenüber -12,4 Mrd. im August 2009. Im Juli 2010 wurde ein Saldo von -6,2 Mrd. und im Juli 2009 von +0,5 Mrd. verbucht. Im August 2010 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Juli 2010 um 0,1% ab, während die Einfuhren um 1,3% stiegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/152&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Kommission stellt Grünbuch über die zukünftige Entwicklungshilfe vor

Die EU-Kommission zieht darin am 19.10. Bilanz der Finanzhilfen für Entwicklungsländer als Instrument der Entwicklungshilfe in der Vergangenheit und zeigt Perspektiven und Herausforderungen für die Zukunft auf. Bereits seit 2000 ist die Finanzhilfe fester Bestandteil der europäischen Entwicklungshilfe. Im Internet wird die öffentliche Konsultation zum Grünbuch ab dem 19.10.2010 hier (<http://ec.europa.eu/yourvoice/>) laufen.

http://ec.europa.eu/development/index_en.cfm

2. Katastrophenschutz Teil von humanitären Maßnahmen

Am 13.10., am internationalen Tag der Katastrophenvorbeugung, hat Kommissarin Kristalina Georgieva erneut den festen Willen der Kommission bekräftigt, im Rahmen der humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen weltweit auch Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge zu ergreifen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1327&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Entwicklungsprogramm für Namibia

Am 11.10. nahm die Kommission das jährliche Aktionsprogramm 2010 für Namibia über 61.65 Mio. EUR an. Dieses sieht 42.15 Mio. EUR für Basiserziehung, 18 Mio. EUR für Wasserversorgung- und Abwasserentsorgung sowie 1.5 Mio. EUR für eine Rechnungskontrolle des Parlaments vor.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/piebalgs/headlines/press-releases/
http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/country-cooperation/namibia/namibia_en.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

1. Arbeitsverträge dürfen mit 65 automatisch enden

Im Falle einer Hamburger Gebäudereinigerin entschied der Europäische Gerichtshof, wie von Generalanwältin Verica Trstenjak vorgeschlagen, dass die in deutschen Tarifverträgen übliche Klausel, wonach das Arbeitsverhältnis mit 65 automatisch endet, rechtmäßig ist. Dies stelle zwar eine Diskriminierung wegen Alters dar, doch sei diese durch ein legitimes Ziel der

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik gerechtfertigt. Wie in einer früheren Entscheidung zum spanischen Recht, erkannte der Gerichtshof an, dass im Interesse der jüngeren Generation Altersgrenzen zulässig sind. Das deutsche Recht nehme Beschäftigten, die das Rentenalter erreicht haben, auch nicht den Schutz gegen Ungleichbehandlungen wegen des Alters, wenn sie erwerbstätig bleiben wollen und eine neue Beschäftigung suchen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-10/cp100103de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-45/09> (Urteil)

2. EU hilft Entlassenen von Heidelberger Druckmaschinen AG

Die Kommission bewilligte einen Antrag Deutschlands auf Hilfe aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF). Mit den von den deutschen Behörden beantragten 8 308 555 EUR sollen 1181 entlassene Arbeitskräfte wieder in Lohn und Brot gebracht werden. Der Antrag wurde eingereicht, nachdem 1263 Beschäftigte der Heidelberger Druckmaschinen AG entlassen worden waren. Rat und EP müssen noch zustimmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1337&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IV. Landwirtschaft

1. Keine Einigung über Freigabe von Anbauverboten für Genpflanzen

Wie im Rat Landwirtschaft am 27.09. bestand auch bei den EU-Umweltministern am 14.10. keine Einigung über den Kommissionsvorschlag zur Freigabe von Anbauverboten von genetisch veränderten Organismen. Deutschland lehnte den Vorschlag erneut als unvereinbar mit den Prinzipien des Binnenmarktes ab. Frankreich lehnte eine Diskussion ab, solange die Kommission noch nicht die vom Rat im Dezember 2008 beschlossenen verschärften Risikobewertungen für Umwelt und Gesundheit vorgenommen habe. Spanien beklagte das zu langsame Zulassungsverfahren. Österreich dagegen begrüßte den Vorschlag der Kommission.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/117097.pdf (Council Environment)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st12/st12371.de10.pdf> (Mitteilung Kommission)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st12/st12371-ad01.de10.pdf>

2. EU stellt 250 Mio. EUR für die Bekämpfung von Tierseuchen bereit

Die EU will die Gesundheit von Mensch und Tier noch besser schützen und hat am 12.10. mehr als 250 Mio. EUR zur Unterstützung von Programmen zur Tilgung, Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen im Jahr 2011 bereitgestellt. Die Mitgliedstaaten haben das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Finanzpaket auf der Sitzung des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit am 12.10. genehmigt. Mit den 138 für die Finanzhilfe der EU ausgewählten Jahres- oder Mehrjahresprogrammen sollen Tierseuchen bekämpft werden, die die Gesundheit von Mensch und Tier bedrohen. Über die Hälfte der Gesamtsumme wird für Programme zur Tilgung von acht gefährlichen Tierseuchen aufgewendet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1318&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/financial/index_en.htm

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Stärkung des Binnenmarktes

Bei der Aussprache über den geplanten Binnenmarktakt (Single Market Act) der Kommission am 11./12.10. im Rat Wettbewerbsfähigkeit, betonten die Minister, dass es darum gehe, die Durchführung des Binnenmarktrechts sicher zu stellen. Hierzu gehöre auch die Beseitigung von Hindernissen für die Bürger.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/117003.pdf (Council Competitiveness)

2. Europäische Verbraucherzentren legen Erfolgsbilanz vor

In den Jahren 2005 bis 2009 habe das Netz der Europäischen Verbraucherzentren, in dem diese Verbraucherzentren zusammengeschlossen sind, an die 270 000 Anfragen und Beschwerden von Verbrauchern bearbeitet, die Tipps oder konkrete Hilfe im Zusammenhang mit grenzübergreifenden Einkäufen benötigten. In fast der Hälfte der Fälle (48% in 2009) könne eine gütliche Einigung herbeigeführt werden. Komme keine gütliche Einigung zustande, so werde die Beschwerde in der Regel weiterverwiesen, etwa an Stellen für alternative Formen der Streitbeilegung oder an die für die Rechtsdurchsetzung zuständigen nationalen Instanzen. Meistens gehe es um Online-Bestellungen (55.9% in 2009). Die meisten Kundenbeschwerden gebe es in den Bereichen Verkehr (30,6 % 2009, ¾ Luftverkehr), Freizeit, Kultur und Gastronomie.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1313&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/consumers/ecc/index_en.htm

b) Steuern

Neue Arbeitsgruppe zu Grundsatzfragen der Steuerpolitik

EU-Kommissar Algirdas Šemeta hat am 12.10. die erste Sitzung der neuen Arbeitsgruppe Steuerfragen geleitet, in der die persönlichen Vertreter der EU-Finanzminister über wichtige Fragen der Steuerpolitik beraten werden. Behandelt werden Grundsatzthemen, so z. B. die Frage, wie die Besteuerung zur Stärkung des Binnenmarktes, zu Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in der EU und zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft beitragen kann. Außerdem soll sie als Forum für eingehendere Diskussionen über Schwerpunkte wie die Besteuerung des Finanzsektors, eine einheitliche konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage oder die neue MwSt-Strategie dienen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1312&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Wettbewerbsrecht

1. Kartellbuße gegen Deutsche Telekom bestätigt

Wie von Generalanwalt Ján Mazák vorgeschlagen, verwarf der Europäische Gerichtshof das Rechtsmittel der Deutschen Telekom gegen das Urteil des Gerichts, welches die von der Kommission verhängte Geldbuße von 12.6 Mio. EUR bestätigt hatte. Die Deutsche Telekom habe ihre marktbeherrschende Stellung dadurch missbraucht, dass sie von Konkurrenten höhere Entgelte beim Zugang zum Festnetz verlangt habe als von ihren eigenen Endkunden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-10/cp100104de.pdf> (PM EuGH)

[http://curia.europa.eu/juris/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-280/08%20P](http://curia.europa.eu/juris/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-280/08%20P) (Urteil)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/493&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (PM Kommission)

2. Räte sollen in Kontrolle der Wettbewerbsfähigkeit einbezogen werden

In einem Vermerk für den Rat Wettbewerbsfähigkeit am 11./12.10. sprach sich Deutschland dafür aus, dass die Ratsformationen, die sich mit der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten der EU befassen, über die zukünftige Organisation der Überwachung makrostruktureller Ungleichgewichte und die Rolle der jeweiligen Ratsformation in diesem Prozess diskutieren. Die Kommission schlage hierfür ein zweistufiges Verfahren vor: Mittels eines Scoreboards mit einer begrenzten Anzahl ausgewählter Indikatoren soll die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten laufend beobachtet und so Fehlentwicklungen besser frühzeitig aufgedeckt werden. Ergebe sich aus den Indikatoren die Notwendigkeit einer eingehenden Analyse, würden vertiefende qualitative Länderprüfungen durchgeführt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14280.de10.pdf>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Zweifel an Zuverlässigkeit der Testate von Wirtschaftsprüfern

Die Kommission wies am 13.10. in einem Grünbuch darauf hin, dass die Abschlussprüfung vom EU-Recht vorgeschrieben ist. Die Richtigkeit von Finanzabschlüssen sei für das Vertrauen der Märkte von ganz entscheidender Bedeutung. Dieses Vertrauen sei in der Wirtschafts- und Finanzkrise jedoch erschüttert worden. Mancher Bank seien trotz erheblicher Risiken korrekte Zahlen und Bilanzen bescheinigt worden. Es müsse daher darüber nachgedacht werden wie die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer gestärkt werden könne. Fragwürdig sei, dass die Wirtschaftsprüfer von dem zu prüfenden Unternehmen ausgewählt und bezahlt würden. Denkbar sei eine Bestellung und Honorarfestsetzung durch Aufsichtsbehörden. Zu prüfen sei auch, ob Wirtschaftsprüfern Beratungstätigkeiten für die zu prüfenden Unternehmen untersagt werden sollen.

Die Kommission erbittet bis 08.12. Stellungnahmen zu diesem Grünbuch und wird nach einer Anhörung (am 10.02.11) über mögliche Gesetzesvorlagen beschließen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1325&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2010/audit/green_paper_audit_de.pdf

2. EU-Ministerrat für neue EU-Strategie für Innovation

Auf der Tagung des Rats Wettbewerbsfähigkeit am 11./12.10. begrüßten die Wirtschafts- und Forschungsminister den breit angelegten Ansatz der Kommission und betonten die zentrale Rolle der Innovation bei der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/117003.pdf (Council Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14035.de10.pdf> (Mitteilung der Kommission)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13976.de10.pdf> (Fragen des Vorsitzes)

3. Förderung des Tourismus in der EU

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit begrüßte am 11./12.10. die Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Europa – wichtigstes Reiseziel der Welt: ein neuer politischer Rahmen für den europäischen Tourismus" und vertrat die Auffassung, dass Maßnahmen zur Unterstützung des Tourismus von den folgenden vier in der Kommissionsmitteilung umrissenen Schwerpunkten organisiert werden können: (i) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus in Europa; (ii) Förderung der Bemühungen um einen nachhaltigen, verantwortungsvollen Qualitätstourismus; (iii) Festigung des Images und des Profils Europas als Gesamtheit von nachhaltigen Qualitätsreisezielen und (iv) bestmögliche Nutzung des Potenzials der politischen Maßnahmen und der bestehenden Finanzinstrumente der EU zur Entwicklung des Tourismus.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/117003.pdf (Council Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13930.de10.pdf> (Schlussfolgerungen)

4. Jährliche Inflationsrate im Euroraum im September auf 1,8% gestiegen

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im September 2010 bei 1,8%, gegenüber 1,6% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie -0,3% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,2% im September 2010.

Die jährliche Inflationsrate der EU lag im September 2010 bei 2,2%, gegenüber 2,0% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,3% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,2% im September 2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/151&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Industrieproduktion im Euroraum im August um 1,0% gestiegen

Die saisonbereinigte Industrieproduktion stieg im August 2010 gegenüber Juli 2010 im Euroraum (ER16) um 1,0% und in der EU27 um 0,8%. Im Juli nahm die Produktion in beiden Gebieten um 0,1% zu. Im August 2010 erhöhte sich die Industrieproduktion im Euroraum um 7,9% und in der EU27 um 7,5% gegenüber August 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/150&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Währung und Finanzen

Kommission stellt System zum Krisenmanagement im Finanzsektor vor

In Übereinstimmung mit den G20-Vereinbarungen stellt die EU-Kommission am 20.10. das geplante EU-weite System zum Krisenmanagement im Finanzsektor vor. Das System soll sicherstellen, dass wichtige Finanzdienste auch dann weiter funktionieren, wenn eine Bank zusammenbricht. Auf die Pläne werden im Frühjahr 2011 die entsprechenden Gesetzesvorschläge folgen.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/crisis_management/index_de.htm

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Gemeinsame Standards für Sammelklagen

In einer Rede am 15.10. kündigte Kommissionsvizepräsident Almunia eine öffentliche Konsultation zu Sammelklagen, insbesondere im Wettbewerbs- und Verbraucherschutzrecht, von November bis Februar 2011 an. Darüber hinaus werde Mitte Februar 2011 eine Konferenz mit allen Interessenträgern abgehalten. Mitte 2011 sei mit Gesetzesvorschlägen zu rechnen. Für die Kommission seien wesentlich: (i) Effektiver Schadensausgleich, (ii) Vermeidung von Missbräuchen, (iii) Möglichkeiten für alternative Streitbeilegungsverfahren, (iv) Vollstreckbarkeit in der gesamten EU und (v) Wirksame Rechtshilfe für den Zugang zur Justiz. Für das Wettbewerbsrecht werde eine Richtlinie mit gemeinsamen Standards und Mindestanforderungen für nationale Systeme zur Geltendmachung von Kartellschäden angestrebt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/554&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Internationales Anti-Piraterie-Abkommen (ACTA)

Die EU, die USA, Japan, Kanada, Mexiko, Korea und 6 weitere Staaten haben sich am 02.10. in Tokyo auf den Entwurf eines Abkommens zur Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie geeinigt. Ziel ist die bessere Durchsetzung bestehender Regelungen.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/october/tradoc_146699.pdf

3. Verbot zur Nutzung einer Marke gilt in der gesamten Union

In seinen Schlussanträgen vertritt Generalanwalt Cruz Villalón die Ansicht, dass ein von einem nationalen Gericht als Gemeinschaftsmarkengericht ausgesprochenes Verbot grundsätzlich im gesamten Unionsgebiet wirkt. Hintergrund ist ein Rechtsstreit der Gesellschaft Chronopost SA als Inhaberin der französischen Marke und der Gemeinschaftsmarke „WEBSHIPPING“, vor allem für Dienstleistungen der Abholung und Auslieferung von Postsendungen. Nach der Anmeldung dieser Marken benutzte DHL Express (France) SAS denselben Begriff zur Bezeichnung einer Dienstleistung der Verwaltung von Eilbriefen, die insbesondere über das Internet zugänglich sind.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-10/cp100100de.pdf> (PM EuGH)

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-235/09](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-235/09)

(Schlussanträge)

4. Kein automatisches Sorgerecht von Vater in „wilder Ehe“

Wie von Generalanwalt Niilo Jääskinen vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die irische Regelung, nach der ein Vater, der nicht mit der Mutter des Kindes verheiratet ist, das Sorgerecht nur erlangen kann, wenn es ihm durch eine gerichtliche Entscheidung übertragen wird, nicht das durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union geschützte Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens verletzt. Im vorliegenden Fall war daher die Verbringung der gemeinsamen Kinder aus Irland nach Großbritannien nicht widerrechtlich, da mangels gerichtlicher Entscheidung kein durch das nationale Recht übertragenes Sorgerecht verletzt wurde.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-10/cp100098de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-400/10> (Urteil)

b) Inneres

1. Schengener Grenzöffnung unzulänglich umgesetzt

In ihrem Bericht über die Anwendung des Schengener Grenzkodex in Bezug auf die Binnengrenzen, rügt die Kommission systematische Kontrollen an Binnengrenzen im Schengenraum, technische Hindernisse und ungerechtfertigte Geschwindigkeitsbegrenzungen sowie Informationsmängel bei einer geplanten vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen. Die Kommission plant nun eine Rechtsgrundlage für unangekündigte Inspektionen vor Ort.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1329&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/welcome/default_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/488&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Konferenz zur Bekämpfung des Menschenhandels am 18./19.10. in Brüssel

Im Rahmen des 4. europäischen Tages zur Bekämpfung des Menschenhandels veranstaltet die belgische Präsidentschaft eine zweitägige Konferenz mit dem Titel "Zu einem multidisziplinären Ansatz bei der Prävention von Menschenhandel, Strafverfolgung von Menschenhändlern und den Schutz der Opfer".

<http://www.eutrio.be/de/zu-einem-multidisziplinaren-ansatz-der-verhuetung-des-menschenhandels-der-strafrechtlichen-verfolgu>

3. Fünfköpfiges EU-Expertenteam hilft bei Chemie-Unfall in Ungarn

Nachdem Ungarn das EU-Katastrophenschutzverfahren aktiviert hat, sind am 11.10. fünf Experten aus Frankreich, Belgien, Schweden, Österreich und Deutschland in der Unglücksregion eingetroffen. Sie werden die ungarische Regierung bei der Bewältigung der Umweltkatastrophe unterstützen, die durch das Auslaufen von Giftschlamm aus dem geborstenen Reservoir einer Fabrik in der Stadt Ajka verursacht wurde. Die Experten werden von einem Verbindungsbeamten der Kommission begleitet, der sich bereits seit 09.10. vor Ort befindet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1308&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st14/st14910.en10.pdf>

VIII. Umwelt

1. Kein Moratorium für Offshore-Erdölförderung

Die Kommission plant erstmals umfassende EU-Vorschriften für Ölplattformen, um die weltweit höchsten Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Hierzu hat sie in ihrer Mitteilung vom 12.10. über die Sicherheit von Offshore-Erdöl- und Erdgasaktivitäten Überlegungen zu neuen EU-Standards angestellt, die sich u. a. auf Kriterien für die Erteilung von Bohrgenehmigungen, für die Kontrolle von Bohrinseln und für die Sicherheitssteuerung erstrecken. Den Mitgliedstaaten bleibt die Genehmigung überlassen. Von den fast 900 Offshore-Anlagen in der EU befinden sich 486 in Großbritannien, 181 in den Niederlanden, 61 in Dänemark, zwei in Deutschland, zwei in Irland, 123 in Italien, vier in Spanien, zwei in Griechenland, sieben in Rumänien, eine in Bulgarien und drei in Polen. Zypern und Malta planen Bohrungen in naher Zukunft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1324&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/environment/legal/liability/index.htm>

http://ec.europa.eu/energy/oil/offshore/standards_en.htm

2. EU soll Vorreiter beim Klimaschutz bleiben

Der Rat Umwelt beschloss am 14.10. Schlussfolgerungen zur Vorbereitung der VN-Klimakonferenz in Cancún (Mexiko am 29.11.-10.12). Auf dieser Grundlage wird der Europäische Rat am 28./29.10. die EU-Position festlegen. Ziel ist ein Abkommen für die Zeit nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls (2012).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/117097.pdf (Council Environment)

3. EU erreicht Reduktionsziel für Treibhausgasemissionen vor 2012

Aus dem Jahresbericht der Kommission geht hervor, dass die 25 Mitgliedstaaten mit Zielen im Rahmen des Kyoto-Protokolls ihre Verpflichtungen zur Verringerung der Treibhausgase früher als geplant, das heißt vor 2012, erreichen. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls haben sich die Mitgliedstaaten der EU-15 verpflichtet, ihre kollektiven Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2008-2012 im Schnitt 8 % unter den Wert eines bestimmten Basisjahres (in den meisten Fällen das Jahr 1990) zu senken. Zehn der zwölf Mitgliedstaaten, die der EU in den Jahren 2004 und 2007 beigetreten sind, haben sich im Rahmen des Protokolls individuell verpflichtet, ihre Emissionen im Zeitraum 2008-2012 auf 6 % bzw. auf 8 % unter den Werten des Basisjahres zu senken. Nur Zypern und Malta sind keine Emissionsverpflichtung eingegangen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1315&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/climat/gge_progress.htm

http://ec.europa.eu/environment/climat/home_en.htm

IX. Verkehr

1. Einigung über Abgaben für Schwerlastverkehr ("Eurovignette")

Der Rat Verkehr erzielte am 15.10. in erster Lesung eine politische Einigung zum Vorschlag über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge ("Eurovignette"). Durch diese Abgabe sollen über die bestehende Gebühr für die Infrastrukturnutzung hinaus auch Kosten für Umweltbelastung und Staus abgedeckt werden können. Die Minister beschlossen entgegen der Vorlage der Präsidentschaft eine Ausnahme für LKW mit Standard EURO V bis 31.12.13 und mit EURO VI bis 31.12.17.; der Höchstbetrag wird auf 175% der Infrastrukturabgabe begrenzt und die anrechenbaren Stauzeiten auf 5 Stunden täglich. Erfasst werden sollen alle Autobahnen (nicht nur transeuropäische Netze). Die Mittel sollen nicht für den Verkehrssektor zweckgebunden sein.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/117113.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14170.de10.pdf> (Vorschlag für politische Einigung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st11/st11857-re01.de08.pdf> (Vorschlag für Richtlinie)

2. Durchbruch bei Klimaschutz im Luftverkehr

Die 190 Staaten der internationalen UN-Luftfahrtorganisation ICAO sich nach über zehnjährigen Verhandlungen auf ein Konzept zur Verbesserung der Energieeffizienz und Reduktion von Treibhausgasen im Luftverkehr geeinigt haben. Das Konzept, das über 90 Prozent der weltweiten Flüge erfasst, soll 2020 greifen. Die internationale Vereinbarung erlaubt der EU, den Luftverkehr in ihr System zum Handel mit Emissionen einzubeziehen. Danach müssen Airlines, die in Europa starten oder landen, ab 2012 Verschmutzungsrechte erwerben. 85 Prozent der Zertifikate werden kostenlos vergeben, die übrigen 15 Prozent müssen die Unternehmen kaufen.

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu_nachrichten/eu-nachr.34_2010web.pdf

X. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung

Mehr Hochschulen sollen Übersetzungsstudiengänge anbieten

Die Kommission setzt sich verstärkt dafür ein, dass mehr europäische Hochschulen Studiengänge hoher Qualität für Studierende anbieten, die den Übersetzerberuf anstreben. In diesem Zusammenhang erweitert die Kommission ihr Hochschulnetz „Europäischer Master Übersetzen“ (EMT), das im letzten Jahr eingerichtet wurde, weil auf dem Arbeitsmarkt immer mehr qualifizierte Übersetzer gesucht würden. Bisher haben sich 34 europäische Hochschulen erfolgreich um eine Aufnahme in dieses Netz beworben. In Deutschland sind es die Fachhochschule Köln (Institut für Translation und Mehrsprachige Kommunikation) sowie die Universität Leipzig (Institut für Angewandte Linguistik und Translatologie) und in Österreich die Universität Wien (Zentrum für Translationswissenschaft).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1314&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/dgs/translation/programmes/emt/network/index_de.htm

http://ec.europa.eu/dgs/translation/publications/studies/index_en.htm

b) Kultur

Polnische Städte in engerer Wahl für „Kulturhauptstadt Europas 2016“

Die am 13./14.10. in Warschau tagende Jury, die die zahlreichen Bewerbungen um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2016“ geprüft hat, empfiehlt, Gdańsk, Katowice, Lublin, Warszawa und Wrocław in die engere Wahl zu ziehen. Wird diese Empfehlung von Polen gebilligt, so müssen die für die zweite Runde ausgewählten Städte ihre Bewerbungen bis zum Sommer 2011 noch ergänzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1332&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc413_de.htm